Eine Dachkuppel statt ein Minarett

LANGENTHAL Die Islamische Glaubensgemeinschaft Langenthal, die einst ein Minarett errichten wollte, hat jetzt zumindest eine Dachkuppel auf ihrem Vereinslokal. Zudem liegt zurzeit ein Baugesuch zur Sanierung des Gebäudes auf.

Kein Minarett, aber doch gut sichtbar ist die derzeit noch abgedeckte Plexiglaskuppel auf dem Dach der Islamischen Glaubensgemeinschaft Xhamia e Langenthalit. Die Muslime wollten in Langenthal ein Minarett errichten, was zu einem jahrelangen Rechtsstreit führte. *Thomas Peter*

Jahrelang beherrschte das Thema die Schlagzeilen, nicht nur im Oberaargau, sondern national und zeitweise sogar international: das geplante Minarett an der Bützbergstrasse in Langenthal. Seit April 2012 steht ein Minarett dort jedoch nicht mehr zur Diskussion. Der jahrelange Rechtsstreit um das islamische Symbol war Mitauslöser der Minarettinitiative und sorgte letztlich dafür, dass die Islamische Glaubensgemeinschaft Langenthal (IGGL) ihre Pläne zum Bau eines 6 Meter hohen Minaretts aufgab. Vor kurzem wurde auf dem Dach ihrer Moschee an der Bützbergstrasse aber doch noch ein Aufbau installiert: eine Dachkuppel aus Plexiglas.

Die Dachkuppel ist zulässig

Im Gegensatz zum Minarett wurde der IGGL bewilligt, eine 2,6 Meter hohe Dachkuppel zu erstellen. Während diese Kuppel als Oberlicht einen praktischen Nutzen aufweise, sei das Minarett als reiner Symbolbau keine zulässige Dachaufbaute, entschied das Verwaltungsgericht des Kantons Bern vor knapp zwei Jahren. Weil der muslimische Verein kurz darauf verzichtet hatte, dieses Urteil des Berner Gerichts an das Bundesgericht weiterzuziehen, war das Thema Minarett endgültig vom Tisch. Die Dachkuppel ist nun aber vor wenigen Tagen realisiert worden.

Mutalip Karaademi, früher Präsident und jetzt Vorstandsmitglied des Vereins IGGL, freut sich über die Montage der seit langem geplanten Kuppel. Er bezeichnet diese ebenfalls nicht als religiöses Symbol, sondern als Oberlicht. Dank des zusätzlichen Lichteinfalls sei es im Raum viel angenehmer und zudem könnten Energiekosten gespart werden, erklärt Karaademi.

Behindertengerecht umbauen

Noch ist die Kuppel abgedeckt, sie wird in Zukunft aber deutlich zu erkennen sein. Auch sonst soll sich das Vereinslokal der Langenthaler Muslime nach deren Willen in nächster Zeit verändern. Die IGGL hat beim Langenthaler Stadtbauamt ein Baugesuch zur Sanierung der Liegenschaft eingereicht. Gemäss Gesuch plant der Verein eine «energetische Sanierung der Gebäudehülle». «Unser Vereinslokal war früher eine Fabrikhalle, die sehr einfach gebaut wurde und schlecht isoliert ist», sagt Karaademi und ergänzt: Trotz der neuen Gasheizung seien die Heizkosten hoch. Deshalb solle das Gebäude besser isoliert werden. Die Glaubensgemeinschaft Xhamia e Langenthalit, wie der Verein bei den Muslimen heisst, ist auch Besitzerin der Liegenschaft.

Weiter sind auch eine Fassadenveränderung sowie die Sanierung des Untergeschosses vorgesehen. Zudem muss die IGGL das Gebäude an die Anforderungen der Fachstelle für hindernisfreies Bauen anpassen. Dies, weil es sich beim Vereinslokal um einen öffentlich zugänglichen Ort handelt. Gemäss Gesetz müssen Neubauten oder Erneuerungen von öffentlich zugänglichen Anlagen behindertengerecht erstellt werden. Deshalb sind aussen ein Treppenlift und im Inneren zwei Sitzlifte vorgesehen. Der Gemeinschaft gehörten selbst drei Mitglieder an, die körperlich eingeschränkt seien, so Karaademi. Deshalb sei ihm dieser Aspekt sehr wichtig.

Schon vor einem Jahr saniert

Insgesamt rechnet der muslimische Verein mit Kosten von etwa 150 000 Franken. Das Baugesuch liegt bis zum 24. März beim Stadtbauamt auf. Einsprachen können bis zum selben Datum eingereicht werden.

Das jetzige Sanierungsvorhaben ist nicht das erste seit dem definitiven Verzicht auf das Minarett. Vor etwas mehr als einem Jahr reichte die IGGL bereits ein Baugesuch ein. Damals ging es um den Einbau einer Gasheizung und sanitärer Anlagen im Vereinslokal. Einsprachen gab es gegen jenes Vorhaben keine. Allerdings wurde den Muslimen vorgeworfen, sie hätten ohne Bewilligung mit der Sanierung begonnen (wir berichteten). Die Stadt hatte jedoch Kenntnis von den Arbeiten im Lokal und kontrollierte diese auch. Wegen Wasserschäden konnten beschädigte Bereiche ohne Bewilligung saniert werden. *Tobias Granwehr*

Massive Vorwürfe im Stadtrat

LANGENTHAL Daniel Steiner (EVP) und Bernhard Marti (SP) mussten sich gestern Abend im Stadtrat heftige Vorwürfe anhören.

Zwei im Dezember gemeinsam eingereichte Interpellationen von Daniel Steiner (EVP), damals noch Stadtratspräsident, sowie Bernhard Marti (SP), damals und heute GPK-Präsident, sorgten gestern zu später Stunde für ungewohnt harte Worte im Langenthaler Stadtrat. Marti wurde sogar mehr oder weniger deutlich der Rücktritt als Kommissionspräsident nahegelegt. Und Stadtpräsident Thomas Rufener gab erstmals zusätzlich zur bereits erfolgten schriftlichen Beantwortung auch noch eine mündliche ab. Die verlas er in Hochdeutsch. Sie war vom gesamten Gemeinderat abgesegnet. Die von Steiner und Marti gestellten Fragen betreffen vor allem die Vergabepraxis des Projektes ICT4kids sowie das Führungsverständnis und -verhalten in der Stadtverwaltung. Massiv kritisiert wurde, dass sie ihre Fragen oder Vorwürfe gar nicht erst in die GPK brachten, wo sie hätten untersucht werden müssen. *rgw*

Ein ausführlicher Bericht folgt morgen.

Rickli fordert Transparenz

LANGENTHAL Gemeinderats- und Stadtratsmitglieder sollen künftig ihre Interessenbindungen offenlegen. Das fordert eine Motion von Grüne-Stadträtin Karin Rickli.

«Wer nichts zu verbergen hat, kann auch nichts zu verbergen haben», schreibt Karin Rickli in einer Motion, die sie an der gestrigen Parlamentssitzung eingereicht hat. Im Vorstoss fordert die Grüne-Stadträtin den Gemeinderat auf, Grundlagen zu schaffen, «damit sämtliche Interessenbindungen des Gemeinde- wie auch des Stadtrates bekannt und öffentlich einsehbar sind».

Die Bevölkerung von Langenthal und somit die Wähler hätten ein Recht, zu wissen, in welchen Führungs- und Aufsichtsgremien, Beiräten, Anstalten und Stiftungen des privaten und öffentlichen Rechts Gemeinderäte und Stadträte eingebunden seien, begründet Rickli ihre Motion.

Fragen zur Entschädigungspraxis

Klarheit will die Stadträtin zudem betreffend Gemeinderatsentschädigungen: In einer ebenfalls gestern eingereichten Interpellation will sie wissen, ob Entschädigungen an die Gemeinderäte für Tätigkeiten oder Mandate beispielsweise im Grossen Rat während ihres Amtes oder Vertretungen von Amtes wegen in die Stadtkasse fliessen. «Und wenn nicht: Wieso nicht?»

Den Diskussionsstoff liefert Karin Rickli gleich mit: Gemäss Stadtverfassung sei die Funktion des Stadtpräsidenten ein Vollamt – und («gemäss Duden») somit ein Amt, dem sein Inhaber die volle Amtszeit widme, schreibt sie. Rickli will denn auch wissen, ob im Rahmen des Projekts «Aufgabenprüfung und Ertragspotenzialanalyse» ebenfalls die Entschädigungen der Gemeinderäte nach Optimierungsmöglichkeiten untersucht würden. *khl*

Das Bipperamt geht wohl wieder leer aus

GROSSRATSWAHLEN Schafft ein Vertreter aus dem Bipperamt den Sprung in den Grossen Rat? Wohl wieder nicht. Von den 127 Oberaargauer Kandidierenden stammen bloss 10 aus einer der elf Gemeinden. Und die paar wenigen, die kandidieren, haben starke parteiinterne Konkurrenz.

Das Gebiet Amt Wangen Nord ist seit dem Tod des damaligen Oberbipper Gemeindepräsidenten und Grossrats Rudolf Bieri (SVP) Anfang 2010 nicht mehr im Kantonsparlament vertreten. Denn von den 12 amtierenden Oberaargauer Grossrätinnen und Grossräten stammt keiner

WAHLEN
30. März

aus einer der elf Gemeinden Niederbipp, Oberbipp, Attiswil, Wiedlisbach, Wangen an der Aare, Farnern, Wolfisberg, Rumisberg, Walliswil-Bipp, Walliswil-Wangen und Wangenried. Dies ist vielen Exponenten dieser Gemeinden ein Dorn im Auge. Sie monieren, ihr Gebiet sei in Bern schlecht vertreten und ihre Anliegen fänden kein Gehör. Doch daran werden voraussichtlich auch die kantonalen Wahlen vom 30. März nichts ändern.

127 Frauen und Männer kandidieren im Wahlkreis Oberaargau auf zwölf Listen für den Grossen Rat. Doch nur gerade 10 Kandidierende stammen aus dem Gebiet Amt Wangen Nord: je zwei bei SP und BDP sowie je einer bei SVP, FDP, EVP, JEVP, GLP und EDU.

Konkret handelt es sich um Martin Schönmann (SVP, Niederbipp), Daniel Gnägi (SP, Niederbipp), Leonie Zurbuchen (SP, Oberbipp), Peter Brechbühl (FDP, Oberbipp), Sandra Mäder (BDP, Wiedlisbach), Otto Hirter (BDP, Oberbipp), Daniel Ritter (EVP, Niederbipp), Simon Wandel (JEVP, Wangen an der Aare), Thomas Gehrig (GLP, Wiedlisbach) und Stefan Keller (EDU, Oberbipp). Zwar nicht aus einer der elf Gemeinden, aber aus dem angrenzenden Bannwil stammt zudem SVP-Kandidat und Gemeinderat Samuel Leuenberger.

Schafft es Daniel Gnägi?

Um die Wahlchancen dieser Kandidatinnen und Kandidaten steht es realistisch betrachtet nicht sehr gut. Am ehesten den Sprung in den Grossen Rat schaffen könnte der Niederbipper SP-Gemeinderat Daniel Gnägi.

Die SP tritt nur mit zwei von drei Bisherigen an: Reto Müller (Langenthal) und Adrian Wüthrich (Huttwil). Die Partei muss jedoch um den dritten Sitz bangen. Ob die Listenverbindung mit

Minime Wahlchancen: Daniel Gnägi (SP, Niederbipp). *zvg*

den Grünen diesen retten kann, ist unsicher, aber wahrscheinlich. Somit käme bei den Genossen ein Neuer oder eine Neue zum Zug. Mit dem Langenthaler Gemeinderat Pierre Masson sowie Yolanda Büschi (Roggwil) hat Gnägi indes starke parteiinterne Konkurrenz.

Noch schlechter steht es um die Wahlchancen der anderen Kandidierenden aus dem Gebiet Amt Wangen Nord. Martin Schönmann ist als ehemaliger Niederbipper Gemeinderat zwar bekannt. Doch bei der SVP haben die Neuen kaum Chancen. Denn

Kaum Wahlchancen: Martin Schönmann (SVP, Niederbipp). *zvg*

Kaum Wahlchancen: Sandra Mäder (BDP, Wiedlisbach). *zvg*

Kaum Wahlchancen: Otto Hirter (BDP, Oberbipp). *zvg*

alles andere als die Wiederwahl der vier bisherigen Grossratsmitglieder Käthi Wälchli (Obersteckholz), Christian Hadorn (Ochlenberg), Thomas Rufener (Langenthal) und Jürg Schürch (Huttwil) würde überraschen. Ein fünfter SVP-Sitz ebenso. Und von den neuen SVP-Kandidierenden ist die Wahl wenn überhaupt am ehesten dem Langenthaler Stadtrat Patrick Freudiger zuzutrauen.

Wähleranteil und Konkurrenz

Auch bei der BDP sieht es für die Wiedlisbacher Gemeinderätin Sandra Mäder und den Oberbipper Unternehmer Otto Hirter nicht gut aus. Wie bei der SVP dürften auch bei der BDP die zwei bisherigen Grossratsmitglieder Monika Gygax (Obersteckholz) und Dieter Widmer (Wanzwil) die Wiederwahl schaffen. Von den Neuen gelingt dies nur jemandem, wenn die Partei einen dritten Sitz erobern kann. Und das ist im Alleingang ein sehr ambitiöses Ziel. Zudem haben Mäder und Hirter ebenfalls starke parteiinterne Konkurrenz, insbesondere in der Person des Seeberger Gemeindepräsidenten und Spargelbauern Roland Grütter.

Bei den übrigen 6 Kandidaturen aus dem Gebiet Amt Wangen Nord sind die Wahlchancen noch einmal viel kleiner.

Dominic Ramel